

# DARMSTADT Links

**DIE LINKE.**  
DARMSTADT  
STADTVERORDNETENFRAKTION



FÜR NEUE SOZIALE IDEEN

TEL: 0 61 51 / 66 90 310

## INHALT

SEITE 2

Sozialer Wohnungsbau  
mit echten Bebauungsplänen !  
Falsche Freunde –  
Die AfD und Frauenrechte

SEITE 3

Das St. Rochus-Krankenhaus  
in Dieburg wird geschlossen  
Wohnungen für alle schaffen!

SEITE 4

Sozial geht anders  
Vorstellung unserer Stadtverordneten



# Sozialticket! für Darmstadt – JETZT !

FRANK GERFELDER-JUNG / GALIDA

Fraktionsmitarbeiter **DIE LINKE** Darmstadt

## Große Aufgabe für kleines Geld?

Prekär beschäftigte  
Deutschlehrer\_innen an der VHS

KRIS HARTMANN / **DIE LINKE**  
Stadtverordnete **DIE LINKE** Darmstadt

Um sich zurecht zu finden, einen Beruf ausüben zu können und gleichberechtigt leben zu können, müssen Menschen die deutsche Sprache lernen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sieht dazu die sogenannten Integrationskurse vor, die hier in Darmstadt von verschiedenen privaten Trägern, aber auch bei der städtischen Volkshochschule angeboten werden.

Die Lehrkräfte, die diese Kurse leiten, sind hochqualifiziert - um „Deutsch als Zweitsprache“ zu unterrichten braucht man ein abgeschlossenes Studium sowie eine Zusatzqualifikation – aber trotzdem erhalten sie für ihre anspruchsvolle Arbeit nur ein Minimum an Entlohnung. Meist sind die Lehrenden nicht beim Träger als Arbeitnehmer\_innen angestellt, sondern arbeiten als Solo-Selbstständige auf Honorarbasis. Das bedeutet, dass obwohl sie bis zu 20 Stunden die Woche bei ein und demselben Auftraggeber, z.B. der VHS, arbeiten (früher nannte man das „Schein-Selbstständigkeit“), sie nur ein Honorar für die geleisteten Stunden bekommen. Zurzeit liegt dieses zwischen 20,25€ und 25€ pro Unterrichtseinheit. Die Vor- und Nachbereitung wird überhaupt nicht bezahlt, der Arbeitgeber zahlt keinen Beitrag zur Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung, Lohnfortzahlung bei Krankheit sowie Anspruch auf bezahlten Urlaub gibt es nicht – ganz zu schweigen von Mutterschutz oder Vertretungs- und Mitbestimmungsrechten. Einige der Lehrkräfte müssen sogar bei verschiedenen privaten und öffentlichen Trägern arbeiten, um finanziell überhaupt über die Runden zu kommen.

In Darmstadt und Dieburg hat sich in den letzten Monaten der Arbeitskreis DaZ Da-Di („Deutsch als Zweitsprache Darmstadt-Dieburg“) gebildet, der sich für die Interessen der VHS-Honorarkräfte einsetzt und auch bundesweit gibt es erste Vernetzungstreffen. In Frankfurt legten die Lehrkräfte der Integrationskurse bereits einmal ihre Arbeit nieder, um für höhere Löhne und eine bessere soziale Absicherung zu demonstrieren.

In vielen deutschen Städten, auch in Hessen gibt es schon Sozialtickets. Ein Sozialticket ist eine Ermäßigung auf Zeitkarten oder Einzelfahrscheine des Nahverkehrs. Es wird nach sozialen Gesichtspunkten gewährt. Hiermit ist beabsichtigt, ohnehin wegen Armut benachteiligte Menschen nicht noch vom sozialen Leben abzuschneiden durch für sie unerschwingliche Fahrpreise

Eigentlich müssten die sogenannten Regelleistungsbedarfe in den gesetzlichen Sicherungssystemen eine Grundversorgung auch für die Mobilität sicherstellen. Das Problem ist: Diese Bedarfe berücksichtigen nicht die im Öffentlichen Nahverkehr üblichen Preise. Sie werden nicht angepasst, wenn die Preise des ÖPNV mal wieder angehoben werden.

Eine einfache Fahrt von Kranichstein in die Innenstadt kostet mit der Tageskarte 4,90 €. Als „Regelbedarf“ lässt sich also gerade viermal in die Stadt fahren. Eine Monatskarte muss von anderen Bedürfnissen abgezwickelt werden, denn die kostet für Preisstufe 2 volle 68,10 €!

### „Regelbedarfe“ für Verkehr

So heißt seit 2011 der frühere „Regelsatz“, wie er Armutshaushalten als höchste Bedarfsstufe 1 zusteht:  
Für Verkehr insgesamt sind angesetzt:  
25,45 €

- darunter:
- Fahrräder u. Zubehör 2,01 €
  - Fahrräder:
  - Wartung / Reparatur 0,64 €
  - Öffentlicher Nahverkehr 20,57 €
  - Reisen 2,23 €

### Das soziale Gewissen der Grünen

In Darmstadt gab es bereits bis 2010 eine einheitliche Regelung eines Fahrtkostenzuschusses für Sozialtransferempfänger. Damals erhielten Hartz-IV- und Sozialhilfebezieher eine Ermäßigung um ein Drittel auf HEAG-Monatsfahrkarten. Der derzeitige OB Jochen Partsch (Grüne), 2010 noch Sozialdezernent einer SPD/Grünen-Koalition, strich diesen geringfügigen Zuschuss für alle Hartz-IV-Empfänger ersatzlos. Die Stadt sparte somit bis heute über 1.000.000 €. So durfte die überwiegende Zahl der bedürftigen Darmstädter Bürgerinnen und Bürger auch einen Teil zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes beitragen.

Anfang Mai dieses Jahres haben acht GALIDA-Aktivistinnen Anträge auf diese 1/3-Ermäßigung beim Sozialamt gestellt. Grundlage für diesen Schritt bildet ein Urteil des Verwaltungsgerichts Augsburg vom Oktober 2014. Das Gericht hatte rechtskräftig entschieden: Die Stadt



Haltestelle Luisenplatz in Darmstadt

Augsburg darf Hartz-IV-Empfänger nicht willkürlich von einer freiwilligen kommunalen Leistung wie dem Sozialticket ausschließen. Dies verstöße gegen das grundgesetzlich verbriefte Recht auf Gleichbehandlung (§ 3, Absatz 1 des Grundgesetzes).

Das Rechtsamt der Stadt Darmstadt hatte bereits im Herbst 2015 eine unmissverständliche Stellungnahme zu diesem Urteil verfasst. Wir forderten mit einer Anfrage den genauen Wortlaut ein. Das Rechtsamt kommt zu dem Schluss: „Eine rechtssichere Lösung wäre es daher, auch SGB II (Hartz IV)-Leistungsempfängern den (städtischen) Fahrtkostenzuschuss zur Verfügung zu stellen.“ Der Sozialdezernentin Barbara Akdeniz (Grüne) reicht diese Stellungnahme des Rechtsamtes offensichtlich nicht. Ähnlich wie ihren Kollegen Rafael Reißer (CDU) im Fall des Hessenderbys scheinen Gerichtsurteile und juristische Ratschläge sie nicht zu berühren. So erhielt unsere Fraktion auf eine Mündliche Frage in der letzten Stadtverordnetenversammlung die Antwort der Sozialdezernentin, dass die acht Anträge der GALIDA-Aktivistinnen „innerhalb der gesetzlichen Frist von 6 Monaten beschieden“ würden.

### Sozialticket auf die lange Bank geschoben

In der Kooperationsvereinbarung der

Koalition mit Uffbase wird unter dem Stichwort „Günstigerer ÖPNV“ ausgeführt: Die Koalitionäre prüfen zunächst die Einführung des „Wiener Modells“ und ziehen nur „bei negativem Ergebnis der Prüfung“ ein Sozialticket in Erwägung.

Nach dem „Wiener Modell“ würde eine Jahreskarte für Darmstadt 365 € kosten (aktuell 681 €). Ein Euro am Tag sind aber mehr als 30 Euro im Monat. Das ist auch mehr als 20,57 € (siehe oben)! Wien ist auch viel größer als Darmstadt. Und dann müsste auf jeden Fall eine Jahreskarte genommen werden. Das ist für Wenigutzer eine Zumutung. Offenbar ist, dass der Magistrat auf lange Verhandlungen mit dem RMV hofft. So wird die Einführung eines Sozialtickets praktisch auf die lange Bank geschoben.

Wir erwarten von den Koalitionären die Zusage, dass die Einführung einer Sozialticketregelung jetzt auf die Tagesordnung kommt. Das heißt für uns als Forderung: Die sofortige Einführung des 1/3-Zuschusses auf HEAG-Monatsfahrkarten für alle Sozialtransferempfänger in Darmstadt.

### Was tun?

Im zweiten Schritt sollen im Rahmen einer Arbeitsgruppe der Stadt, in Kooperation mit dem Darmstädter „Bündnis für soziale Gerechtigkeit“ zeitnah

Verfahrensweise und Umsetzung einer Sozialticketregelung erarbeitet werden. Diese Kooperation hat sich bei der Einführung der „TeilhabeCard“ 2013 bewährt.

Für die Zukunft aber bedeutet für uns eine Sozialticketregelung, die diesen Namen verdient, einen Anspruch auf Preisermäßigung von 50 % für Monats- und Einzelfahrkarten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Einführung eines solchen

Sozialtickets im Rahmen der TeilhabeCard erfolgt. Damit würde für den größten Teil der Sozialtransferempfänger in Darmstadt, die Menschen die Leistungen

- nach Hartz IV (SGB II)
- dem SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt / Grundsicherung im Alter),
- dem Asylbewerberleistungsgesetz oder -Wohngeld

erhalten, zumindest ansatzweise eine Gerechtigkeitssücke geschlossen. Es könnte damit ein Zeichen gesetzt werden, dass die politisch Verantwortlichen in unserer Stadt bereit und willens sind, soziale Teilhabe ganz praktisch in die Tat umzusetzen.

Und wenn schon eine österreichische Stadt als Modell genommen wird: Wie wäre es mit unserer Schwesterstadt Graz. Dort kostet die Jahreskarte für das Stadtgebiet ganze 228 €. Das sind 19 € im Monat!

siehe Karte Seite 3

# Sozialer Wohnungsbau mit echten Bebauungsplänen!

WERNER KRONE / DKP UND MARTINA HÜBSCHER-PAUL / PARTEILOS

beide Stadtverordnete **DIE LINKE** Darmstadt

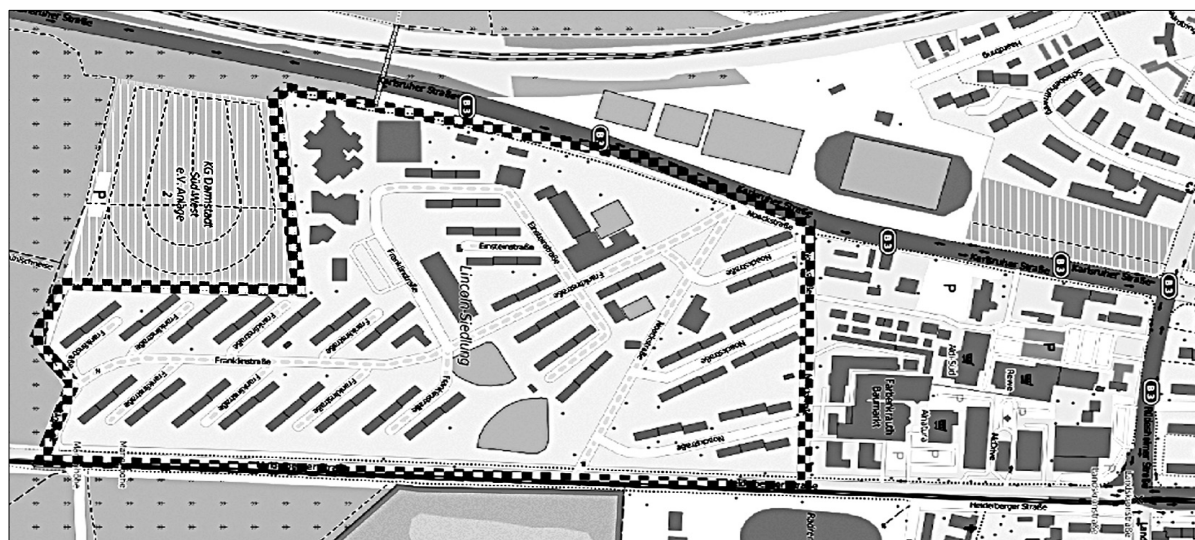
Anfang dieses Jahres wurde in der Arheilger Blütenallee ein vierstöckiger Gebäudekomplex fertig. Das Land Hessen hatte mit 8,9 Millionen gefördert, die Stadt 3,5 Millionen beigesteuert. Eine Staatssekretärin kam, es wurden Reden gehalten, und das für 88 Wohnungen. Für Darmstadt ist das viel. Stadt und Bauverein haben vereinbart, dass der Bauverein jährlich 100 sozial gebundene Wohnungen baut oder modernisierte Wohnungen Sozialbindung bekommen.

Jedes Jahr fallen jedoch 100 Wohnungen in Darmstadt aus der Sozialbindung heraus! Das ist gesetzlich so gewollt. Der soziale Wohnungsbau wurde hauptsächlich nach dem Krieg mit Darlehen gefördert, die mit jährlich 1 % getilgt wurden. Daraus ergab sich ein Bindungszeitraum von 100 Jahren. Auf diese Weise wurden zwischen 1950 und 1970 zwei Drittel der Sozialmietwohnungen gebaut. In der Folgezeit wurden die Tilgungsraten mehrfach angehoben und vorzeitige Rückzahlung der Darlehen ermöglicht. So dauert heute eine Sozialbindung nur noch 15 – 20 Jahre. Dies wurde begleitet von der Privatisierung kommunaler Wohnungsunternehmen. Der Bauverein, unser städtisches Wohnungsbaunehmen warf 1990 die Gemeinnützigkeit ab. Seither ist er als AG nur seinen Anteilseignern verantwortlich und verlor auch seinen guten alten Namen.

Grund hierzu war, dass die Bundesregierung Kasse machen wollte. Die Wohnungsunternehmen sollten Steuern zahlen wie andere Firmen. Dafür wurden diese von vielen Mieterrechten „entlastet“.

Und die Städte wurden mit einem Mehr an Sozialhilfe und Wohngeld belastet

Bestand an Sozialwohnungen in den alten Bundesländern				
Jahr	1968	1987	2003	2013
Bestand	3.724.017	4.021.809	2.110.742	1.475.234
Quelle: IWU				



Bebauungsplan Lincolnsiedlung in Darmstadt Bessungen-Süd.

Auch die Stadt Darmstadt als Haupt-Anteilseigner der Bauverein AG wollte und will mit der Abschöpfung der Gewinne der Bauverein AG, die übrigens auch die Mieter miterwirtschaften stets Kasse machen. Nun hofft die Stadt, mit dem Verzicht auf ihre Einnahmen neue Wohnungen finanzieren zu können. Der neue grün-schwarze Koalitionsvertrag sieht den Bau von 10.000 neuen Wohnungen in den nächsten 5 Jahren vor. Die Frage wird aber sein, für wen und wo gebaut wird. Darmstadt hat nicht mehr viele Flächen, die nicht in der Fluglärmmzone liegen, und die auch nicht schützenswerte Natur sind: West- und Ostwald, Oberfeld und Streuobstwiesen.

Es gibt aber noch Restflächen, die zum Bau von Wohnungen geeignet sind: Das Klinikumgelände in Eberstadt, das EAD-Gelände in Bessungen und die Konversionsflächen der von der US-Armee und eines Tages auch der Bundeswehr (Starkenburkkaserne). Auch sind weitere größere und kleinere Baulücken hier und da vorhanden.

Nehmen wir beispielsweise mal den Umgang mit dem EAD-Gelände in Bessungen - Unsere Fraktion hat im Herbst 2012 einen Antrag gestellt: Man möge endlich einen Bebauungsplan aufstellen und damit öffentlich-rechtlich das Gelände für autofreie Sozialwohnungen

in Erbbaupacht vergeben. Leider wurde dieser Antrag abgelehnt. Die Begründung: Der Magistrat suche noch immer einen Standort für ein Rathaus. Und weil nebenan die Bauverwaltung stehe, käme dieses Gelände in Frage.

Schon damals unkten wir in dieser Fraktionszeitung, Stadtbaurätin Lindscheid sei dabei, eine großartige Möglichkeit zu versammeln. Sie denke nur wieder mal an Investoren, und die dächten bekanntlich in Breite mal Höhe mal Euro. Aus dem zentralen Super-Rathaus wurde glücklicherweise nichts. Und eine Stadtbaurätin später gibt es noch immer keinen Bebauungsplan. Das Gelände wurde meistbietend an den internationalen Konzern Bouwfonds verkauft, der auch für seine Landaufkäufe in Südamerika und Asien bekannt ist. Und der Anteil sozialen Wohnens soll dort gerade mal 15% betragen. Das bedeutet gerade einmal 29 Wohnungen.

Ob das Gelände mit rund 250 Wohnungen, hauptsächlich Eigentumswohnungen und Einfamilienhäusern, für eine Innenstadtlage den Ansprüchen von Grün-Schwarz an den Bau von 10.000 Wohnungen genügen kann ist ausgesprochen fraglich – ein Bebauungsplanverfahren zur Ordnung und Nutzung des Grundstücks hätte dies und vieles mehr klären können.

Darmstadt braucht bezahlbare Wohnungen. Diese unter Beachtung von Dichte, Grundstücksnutzung, Grünflächen, Spielplätzen, Parkplätzen und Wohnungsarten für Alle verträglich zu entwickeln brauchen wir Bebauungspläne. Denn die Eigentümer an Grund und Boden dürfen nicht alles tun, was sie wollen. Ein Gesetz schafft Grenzen, und das heißt Bebauungsplan. Da steht drin, was und wie gebaut werden darf. Wenn Grundstücke zur Spekulation unbebaut bleiben, kann ein Baugebot erlassen werden. Die Stadt kann nach § 9(1) des Baugesetzbuches auch einen Anteil sozialen Wohnungsbau fordern.

Mit Ausnahme der Lincoln-Siedlung (und die stand ab 2008 leer) hat die Stadt aber keine größeren Wohngebiete mehr per Bebauungsplan ausgewiesen. Stattdes-

sen überlässt sie die Wohnungsentwicklung Investoren. Die alte und neue Koalition gibt damit ein wichtiges Steuerungselement der Kommunalpolitik, die Hoheit über die Flächen und ihre Nutzung aus der Hand. Dass Investoren in der Regel zuerst Ihren Shareholdern verpflichtet sind, hilft gerade den finanziell Benachteiligten Wohnungssuchenden nicht.

Bebauungspläne können, gut gemacht, viel – die Bebauung von Grundstücken in jeder Hinsicht, sozial-ökologisch, gebietsverträglich regeln. Nur in diesen öffentlichen Verfahren ist, gesetzlich vorgeschrieben und automatisch, die Bürgerbeteiligung obligatorisch. Wir machen uns stark für Bebauungspläne, denn nur sie können eine gute sozialökologische Nutzung garantieren und die Bürgerbeteiligung gleich mit.

## Ein kleiner Lichtblick

Entlang der Eschollbrücker Straße kehren Kasernenbauten der Straße ihre Schmalseite zu. Hier sollte nach früheren Vorstellungen ein Wohngebiet entstehen. Dann setzte beim Magistrat ein Umdenken ein: Gewerbeflächen müssen her. Daher wurde alles daran gesetzt, sogar den Regionalplan zu ändern. Mit unserer Hilfe wurde dies nun wieder revidiert: Es soll geprüft werden, das Areal entlang der Straße als Mischgebiet für Wohnen und Kleingewerbe auszuweisen.

# Falsche Freunde Die AfD und Frauenrechte

Aktuelle Stunde in der Stadtverordnetenversammlung zu den Vorfällen sexueller Belästigung auf dem Schlossgrabenfest 2016

KATHARINA GRABIETZ / DIE LINKE

Stadtverordnete **DIE LINKE** Darmstadt

Auf dem diesjährigen Schlossgrabenfest Ende Mai wurden 26 Frauen Opfer sexueller Übergriffe. Die Täter sind in Gruppen vorgegangen, haben die Frauen „angetanzt“ und sie dann gegen ihren Willen angefasst.

Die Vorfälle zeigen einmal mehr, wie verbreitet sexuelle Gewalt gegen Frauen ist. Sie gossen jedoch auch Wasser auf die Mühlen derer, die seit den Vorfällen der Kölner Silvesternacht Frauenrechte für ihre ausländerfeindliche Politik instrumentalisieren.

So auch die AfD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung. Vordergründig erweckte die AfD den Anschein, ihr Anliegen sei eine Diskussion über Sicherheitskonzepte bei Großveranstaltungen. Doch schon nach wenigen Sätzen des Fraktionsvorsitzenden Siegfried Elbert wurde das rechtspopulistische Ansinnen deutlich. Die Vorfälle „seien nicht vom Himmel gefallen“, denn „Darmstadt wollte es doch bunt und immer bunter – Gleichzeitig für die Einwanderung von gläubigen Muslimen, Farbigen aus mittelalterlichen Gesellschaften und Homoehe, Genderwahn und Gleichstellung der Frau zu sein ist die Quadratur des Kreises.“

In einem nächsten Schritt versuchte Elbert, die Vorfälle des Schlossgrabenfestes gegenüber Fälen mit deutschen Tätern in ein moralisch besonders verwerfliches Licht zu rücken: „Es stimmt, es gibt auch deutsche Männer, die Frauen belästigen. Aber: Sie machen das nicht in großen Gruppen, nicht wenn sie sich hilfesuchend in einem fremden Land befinden, das ihnen Zuflucht, Sicherheit, Unterkunft, Essen, kostenlose medizinische Versorgung und monatliches kleines Gehalt gibt.“ Diese Gegenüberstellung ist völlig absurd.

Es gibt keine moralisch bessere oder schlechtere Form sexueller Gewalt. Gewalt gegen Frauen ist nie akzeptabel und stets zu verurteilen – unabhängig von der Herkunft, der Religion, oder dem gesellschaftlichen Status der Täter. Bei der AfD wird dies jedoch nicht deutlich. Wie schon nach Köln ist Gewalt gegen Frauen dann interessant, wenn „deutsche“ Frauen betroffen sind und die Täter „Ausländer“ sind.

Dieses nationalkonservative Beschützertum verschließt die Augen vor dem viel größeren Ausmaß an Gewalt gegen Frauen, die sich unabhängig von Herkunft/Kultur/Religion der Täter durch sämtliche Gesellschaftsschichten zieht. So nützt dies letztlich lediglich der rechten politischen Agenda –

dem Kampf gegen Gewalt an Frauen jedoch nicht.

Auf das populistische Ansinnen der AfD ließ sich kein weiterer Redner ein. Sie alle verurteilten die Vorfälle und legten den Fokus ihrer Rede auf die Bekämpfung jeglicher Form von Gewalt gegen Frauen.

Eine unerfreuliche Ausnahme stellte Jürgen Barth (Uffbasse) dar, der mit seinen Äußerungen, von denen sich Kerstin Lau im Namen der Fraktion glücklicherweise distanzierte, („wenn ich bei jedem Nein immer gleich aufgehört hätte...“) un-freiwillig aber eindrucksvoll bewies, wie allgegenwärtig Sexismus ist.

Meine Rede zur Aktuellen Stunde in der Stadtverordnetenversammlung vom 14. Juni

„Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Gewalt gegen Frauen ist immer eine Form der Machtausübung gegenüber Schwächeren, die scharf zu verurteilen ist – unabhängig davon, wer diese Gewalt ausgeübt hat. Genau dies hat die Stadt prompt nach Bekanntwerden der Vorfälle getan. Und auch wir als Fraktion tun dies in aller Deutlichkeit.

Wer die Vorfälle allerdings auf die mutmaßliche Herkunft der Täter zurückführt, verdeckt das viel erschreckendere Ausmaß sexueller Gewalt, instrumentalisiert das Thema lediglich für die eigene menschenfeindliche politische Agenda und steht dem Kampf gegen Gewalt an Frauen aktiv im Wege. Gewalt gegen Frauen hört nicht auf, wenn das Polizeiaufgebot auf Großveranstaltungen erhöht wird. Sie hört dann auf, wenn Frauen in unserer Gesellschaft nicht mehr als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Und das – und das sage ich ausdrücklich – ist kein importiertes Problem.

Die allgegenwärtige sexuelle Gewalt in unserer Gesellschaft ist eine logische Konsequenz der patriarchalen Herrschaftsstrukturen, in denen wir leben. Sie sind des Pudels Kern.

Und was diesen Kern angeht, gibt hier einige im Saal, die dringend ihre Hausaufgaben erledigen sollten, falls sie sich tatsächlich für Frauenrechte interessieren. Denn dass Menschen in Besitz eines AfD-Parteibuchs sich nun zu den Verteidigern von Frauenrechten aufschwingen, ist an Absurdität, Heuchelei und populistischer Instrumentalisierung kaum zu überbieten.“



# Das St.Rochus in Dieburg wird geschlossen und die Beschäftigten?



ERHARD SCHLEITZER / DIE LINKE

Fraktionsmitarbeiter DIE LINKE Darmstadt



Das St.Rochus-Krankenhaus

Das ehemals rein katholische Krankenhaus St. Rochus befindet sich schon seit etwa 2003 in einer finanziellen Schieflage. Anfang 2015 erwarb das Klinikum Darmstadt 90 % der Geschäftsanteile des St. Rochus-Krankenhauses, zusammen mit ebenfalls 90% Anteilen am Marienhospital. 10 % der Anteile verbleiben bei der Kirche. In einer Magistratsvorlage vom 21.01.2015 heißt es dazu: „Im Rahmen des Erwerbs werden keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen. Aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Situation beider Krankenhäuser sind aber im Personalbereich Einsparungen vorgesehen.“

Aber dieses Versprechen wurde nicht eingehalten. Die KüchenmitarbeiterInnen des St. Rochus-Krankenhauses wurden Anfang Juli 2015 in die SSG Starkenburg Service GmbH eingegliedert, die als privater Servicebetrieb mit wesentlich schlechterer Bezahlung „preiswertere“ Dienstleistungen anbietet. Die SSG ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Krankenhaus Dienstleistungsgesellschaft Süd Hessen mbH, die wiederum eine hundertprozentige Tochter des Klinikums Darmstadt ist. Natürlich gingen diese MitarbeiterInnen nicht freiwillig in die neue Servicegesellschaft. Ver.di-KollegInnen berichten von einem „enormen psychischen Druck“ auf die MitarbeiterInnen. Die Servicegesellschaft suchte sich aber nur das „erwünschte“ Fachpersonal aus, das „unerwünschte“ Küchenpersonal wurde mit sofortiger Wirkung von der Arbeit freigestellt.

Zum 01.01.2016 wurde die „Insolvenz in Eigenregie“ eröffnet. Zunächst wurde dem Reinigungs- und dem restlichen Küchenpersonal gekündigt. Um das Krankenhaus trotz Personalabbau am Laufen zu halten, haben die MitarbeiterInnen riesige Überstundenberge aufgehäuft. Im Insolvenzverfahren ist die Auszahlung dieser Überstunden alles andere als gesichert. Für die MitarbeiterInnen und ihr Engagement gibt es dann vielleicht noch ein „Vergelt's Gott“.

Bis Mai waren 42 KollegInnen des St. Rochus-Krankenhauses gekündigt worden. Sie können nun für einige Monate in eine Transfergesellschaft wechseln. Lediglich 33 MitarbeiterInnen haben ein Weiterbeschäftigungsangebot vom Klinikum Darmstadt erhalten. Einschließlich der bereits Anfang des Jahres gekündigten 17 MitarbeiterInnen der Hauswirtschaft hat somit fast die Hälfte der Belegschaft den Arbeitsplatz verloren.

Unsere Fraktion stellte den Antrag, dass die Stadt Darmstadt ihrem sozialen Anspruch nachkommt und alle Pflegekräfte aus dem St. Rochus-Krankenhaus im Klinikum Darmstadt weiterbeschäftigt. Allen nicht-medizinischen Angestellten soll ein Ar-

beitsplatz in der Stadtverwaltung oder in einem der Betriebe des Stadtkonzerns angeboten werden, der insgesamt 8000 Menschen beschäftigt.

## In dem Antrag der Linken heißt es:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Darmstadt stellt fest, dass Kündigungen im St. Rochus-Krankenhaus in Dieburg nicht mit der sozialen Verantwortung der Stadt für die MitarbeiterInnen im Stadtkonzern vereinbar sind. Sie erwartet vom städtischen Klinikum, zumindest alle Pflegekräfte weiter zu beschäftigen. Der zuständige Dezernent und die städtischen Mitglieder im Aufsichtsrat sind gefordert, sich dafür mit Nachdruck einzusetzen. Nicht-medizinischen Angestellten wird ein Arbeitsplatz in der Stadtverwaltung oder in einem der Betriebe des Stadtkonzerns angeboten.“

In der Begründung zum Antrag wird auf die Ausführungen zum Leitbild der Stadtwirtschaft in der „Stadtwirtschaftsstrategie 2020“ verwiesen. Darin heißt es: „Die Wissenschaftsstadt nimmt ihre soziale Verantwortung im Stadtkonzern wahr. Die Unternehmen der Stadtwirtschaft sind verantwortungsvolle Arbeitgeber. Hierzu gehören wettbewerbsfähige Löhne und Gehälter, Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen ...“

In der Stadtverordnetenversammlung am 7. Juli erklärte Klinikdezernent und Stadtkämmerer Schellenberg von der CDU, dass diesem Antrag im Grunde entsprochen wurde, weil mehr als 80 der 123 gekündigten Mitarbeiter ein „Übernahmeangebot“ bekommen hätten. Diese Äußerung rief unser Unverständnis hervor. Auf die Rückfrage, was mit den übrigen über 40 Mitarbeitern geschieht, bekamen wir keine ausreichende Antwort.

Auch die Wortwahl des Klinikdezernenten ist zu beachten. Er sprach nicht von einer Übernahme, sondern von „Übernahmeangeboten“. Die Servicegesellschaft der Kliniken zahlt für das hauswirtschaftliche und technische Personal Gehälter, die um bis zu 20 % unter dem vorherigen Gehalt liegen.

Grüne und CDU lehnten unseren Antrag ab und verabschiedeten sich damit ein Stück weit von den selbst formulierten hehren Zielen der Stadtwirtschaftsstrategie und von ihren Zusagen an die Beschäftigten. Da nur SPD und Uffbase den Antrag unterstützen, wurde unser Antrag abgelehnt. Die anderen Parteien des Stadtparlaments, und natürlich auch die AfD, wollten das Interesse der Beschäftigten nach einem sicheren Arbeitsplatz nicht unterstützen.

# Wohnungen für alle schaffen!

KATHARINA GRABIETZ / DIE LINKE UND MARTINA HÜBSCHER-PAUL / PARTEILOS

beide Stadtverordnete DIE LINKE Darmstadt

Wir stehen der Aufnahme von weiteren Flüchtlingen in Darmstadt positiv gegenüber. Das Ausmaß der humanitären Krise ist durch das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei und die geschlossene Balkanroute hierzulande nicht mehr so präsent wie im Sommer des letzten Jahres, an Schwere hat es jedoch nichts eingebüßt. Angesichts der vielen Menschen, die in den letzten Monaten gezwungen waren und es weiterhin sind, aufgrund von Krieg und Terror ihre Heimat zu verlassen, ist es notwendig, schnell Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Wir begrüßen deshalb das Vorhaben, feste Unterkünfte zu bauen, in denen die Menschen Privatsphäre haben und mit ihren Familien selbstbestimmt in eigenen Wohnungen leben können.

Die Stadtverordnetenversammlung hat mit Gegenstimmen der AfD und Enthaltung von UWIGA in ihrer zweiten Sitzung am 12. Mai beschlossen, Unterkünfte für bis zu 924 Flüchtlinge anzumieten. Die Unterkünfte werden in Leichtbauweise im Sensfelder Weg errichtet und für eine Dauer von 10 Jahren von der Stadt angemietet.

## Die AfD mauert

Seit der Beschlussfassung versucht die AfD auf unterschiedlichstem Wege, den Bau der Unterkünfte zu stoppen. So beklagt man mit diversen Schreiben an den Hessischen Ministerpräsidenten, die Staatskanzlei und die Ressortministerien gerade die Dinge nochmals, die schon in der Diskussion in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung geklärt wurden (Stichwort Seveso – Richtlinie). Wollen sie so Druck auf die Entscheidung der Stadtverordneten ausüben – es gibt klare Verantwortlichkeiten und im Falle von Bauverfahren obliegen diese der Kommune und ihrer Organe, jeder Politikunterricht vermittelt diese Grundlagen. Lauthals formuliert man, die Baugenehmigung für die Unterkünfte wolle man beklagen, Angabe der Rechtsgrundlage – Fehlzanzeige. Eine rechtskräftig erteilte Baugenehmigung kann nur ein direkt Betroffener, also ein direkter Nachbar des Grundstücks erwägen, eine Fraktion der Stadtverordnetenversammlung nun mal nicht.

## Es fehlen bezahlbare Wohnungen

Bei mehr Gestaltungsspielraum würde man sicherlich eine andere Lösung wählen, als die Bebauung des Grundstücks im Sensfelder Weg. Objektiv muss man

jedoch anerkennen, dass in einer Stadt mit hohem Bevölkerungswachstum, einer dichten Bebauung und einem angespannten Wohnungsmarkt die Möglichkeiten zur dezentralen Unterbringung leider sehr begrenzt sind. Wir erkennen an, dass die Stadt versucht hat, so lange wie möglich am Prinzip der dezentralen Unterbringung festzuhalten

. Dass dies nicht mehr möglich ist, ist sicherlich auch der aktuellen Situation geschuldet. Es zeigt aber vor allem auch, wie prekär die Lage auf dem Darmstädter Wohnungsmarkt für alle Bewohnerinnen und Bewohner, ganz gleich ob Flüchtling, Zugezogen, oder in dieser Stadt Geborene ist.

Weil private Investoren eher auf maximalen Profit aus sind, dürfen sie nicht entscheiden, was für Wohnungen gebaut werden. Wir fordern deshalb eine Quote von 30% an sozialem Wohnungsbau bei allen Neubauten. Wir fordern daher auch, dass die Regierungsparteien zu ihren eigenen Worten stehen, und diesen auch Taten folgen lassen.

## Die Koalition vergisst die eigene Vereinbarung

Gemeinsam mit der SPD-Fraktion stellten wir einen Antrag zur Bebauung des ehemaligen Echo-Geländes ein. Hiernach sollen 15% der Wohnungen für untere Einkommen (sozialer Wohnungsbau) und 15% für Einkommen bis 30 Prozent oberhalb der Sozialwohnungsgrenze bestimmt sein (Dies bedeuten Jahreseinkommen für eine Person 23.500 Euro, für einen Zweipersonenhaushalt 39.000 Euro).

In der Stadtverordnetenversammlung am 7. Juli stimmten Grüne und CDU zwar dafür, jedoch gegen den entscheidenden Punkt des Antrags, der dem Magistrat die Handhabe gegeben hätte, dies mit einem Bebauungsplan durchzusetzen. Dies verwundert sehr, ist doch im Koalitionsvertrag von Grünen und CDU eine Quote für neue Bauvorhaben von 25 % für sozialen Wohnungsbau sowie 20 % für Wohnungen für mittlere Einkommen vorgesehen.

In den Redebeiträgen der Koalitionäre in der Stadtverordnetenversammlung dominierten jedoch die hochpreisigen Wohnungen. Diese würden ebenfalls dringend benötigt und liefere die Begründung für die Koalitionäre, gegen ihre eigene Kooperationsvereinbarung zu stimmen.

## Vergleich der Stadtgebiete von Darmstadt und Graz (grauer Umriss)



In Graz kostet die Jahreskarte für das Stadtgebiet 228 Euro. Auf Darmstadt übertragen würde das bedeuten: Griesheim und Weiterstadt gehören dazu. Unsere österreichische Schwesterstadt hat ja immerhin 280.000 Einwohner. Was aber absolut nicht geht: Darmstadt mit Wien vergleichen!  
Kartengrundlage: ÖPNV-Karte

# Sozial geht anders



ULI FRANKE / DIE LINKE

## Anmerkungen zum grün-schwarzen Koalitionsvertrag

Die Koalition lobt sich ausgiebig für die Konsolidierung des Haushalts. Das ist unangebracht, denn die ausgeglichene Bilanz ist in erster Linie der guten Wirtschaftslage in Deutschland und der Prosperität des Ballungsraums Rhein-Main zu verdanken. Die gute Wirtschaftslage verdeckt, dass unsere Kommune weiterhin strukturell unterfinanziert ist. Die nächste Krise wird die langfristigen Tilgungspläne, die nun erstellt werden sollen, sehr schnell über den Haufen werfen.

Doch Grün-Schwarz hat durchaus einige strukturelle Veränderungen des städtischen Haushalts durchgeführt. Diese gingen vor allem auf Kosten der Beschäftigten, der Bildung und der sozial Benachteiligten. Anstatt die Einnahmenseite durch eine maßvolle Erhöhung der Gewerbesteuer zu verbessern, wurden die Grundsteuer erhöht und Einrichtungen wie Stadtbibliothek oder Bürgerbüros geschlossen. Das Personal in der Verwaltung wurde und wird trotz der hohen Belastung der Beschäftigten und der erweiterten Aufgaben stetig reduziert. Wichtige Anliegen wie die Einführung eines Sozialtickets (siehe Sozialticket für Darmstadt – JETZT) oder die Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdiensts wurden und werden nicht beachtet. Die Bauverein AG wurde geschöpft, um Löcher im Stadtkonzern und im städtischen Haushalt zu flicken. Ein Schuldenabbau auf diesem „Konsolidierungspfad“ ist kein Grund zu feiern. Weitere Kürzungen und Einschnitte für Beschäftigte der Stadt, des Stadtkonzerns und die Bürgerschaft stehen bevor, wenn man bis Ende 2017 nochmals 10 Mio Euro „erwirtschaften“ will, ohne die Gewerbesteuer anzupacken.

Bei den Unternehmen des Stadtkonzerns ist ein Rechtsformwechsel hin zu mehr „demokratischer Steuerung und Kontrolle“ angedacht. Wir hoffen, dass diese langjährige Forderung der LINKEN bald umgesetzt werden kann. Die sehr zaghafte Kritik an TTIP, CETA und TiSA, auf die sich Grüne und CDU geeinigt haben, wird dem Ernst der Lage längst nicht gerecht.

Es ist ein ehrgeiziges Ziel, in den kommenden vier Jahren den Bau von 10.000 neuen Wohnungen zu ermöglichen. Die Absicht, ein Viertel davon im

Sozialen Wohnungsbau zu realisieren, ist ein neue Herangehensweise der Koalition. Unser hartnäckiges Drängen in diese Richtung scheint Früchte zu tragen. Wir werden die Umsetzung des 25%-Ziels bei jeder Gelegenheit fordern und kontrollieren. Zu hinterfragen ist allerdings die sehr optimistische Einschätzung, dass sich der Bau von jährlich 2.500 Wohnungen (gegenüber zuletzt ca. 1.000 Wohnungen) mit angemessener Bürgerbeteiligung, mit durchdachtem Verkehrskonzept, unter Berücksichtigung der Stadtökologie und bei Erhaltung von ausreichend Freiräumen verwirklichen ließe. Das grün-schwarze Wohnungsbau- und Wachstumsprogramm droht, die Lebensqualität zu beeinträchtigen. Hier stellen wir die Frage nach den Grenzen des Wachstums unserer Stadt.

Bei der öffentlichen Sicherheit setzt die Koalition erfreulicherweise schwerpunktmäßig auf Prävention. Andererseits will sie mit der Kamera-Überwachung von „neuralgischen Punkten“ im öffentlichen Raum beginnen. Dadurch wird die Privatsphäre beeinträchtigt, aber die möglicherweise vorhandene Kriminalität nur an andere Orte verdrängt. Der Einstieg in die Logik der Überwachung beinhaltet daher die Tendenz zur flächendeckenden vernetzten Beobachtung aller Menschen. Das wollen wir nicht und werden uns vehement gegen diesen Kurswechsel in der Ordnungspolitik einsetzen.

Eine ausführlichere Fassung mit Anmerkungen auch zur Bürgerbeteiligung, Verkehrs- und Bildungspolitik finden Sie auf unserer Website.

<http://www.linksfraktion-darmstadt.de/startseite/> und imQR-Code



## Vorstellung unserer Stadtverordneten

### Karl-Heinz Böck



Der 57-jährige Betriebsrat bei einem Darmstädter Maschinenbauer, gehört der Stadtverordnetenversammlung nun schon seit dem Jahre 2006 an. Ab dem Jahre 2008 war er Fraktionsvorsitzender und ist auch diesmal, einstimmig, wieder zum Fraktionsvorsitzenden gewählt worden. Für unsere Fraktion ist er Mitglied im Sportausschuss, Wahlvorbereitungsausschuss und im Ältestenrat. Auch in verschiedenen Beiräten und Betriebskommissionen ist er tätig.

### Martina Hübscher-Paul



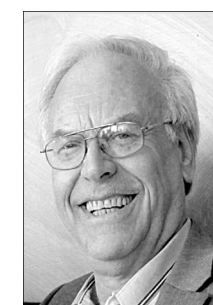
Die Diplom-Ingenieurin Martina Hübscher-Paul (51) vertritt DIE LINKE seit sechs Jahren in der Stadtverordnetenversammlung Darmstadt. Sie setzt sich für die Idee einer gerechten, demokratischen Gesellschaft und einer echten sozialökologischen Wende in den Bereichen Stadtplanung, Bau- und Verkehrswesen und Kultur ein. Sie ist Mitglied in den Ausschüssen Bauen, Stadtplanung und Verkehr, Kultur, im Gestaltungsbeirat, im Denkmalbeirat, der Magistratskommission Mathildenhöhe, dem Theaterbeirat Staatstheater, der Betriebskommission EAD und im Zweckverband Abfall Südhessen. Außerparlamentarisch arbeitet sie in den Bündnissen gegen Rechts und Stoppt TTIP & Co, in verschiedenen Kulturinitiativen und ist aktives Gewerkschaftsmitglied bei ver.di.

### Katharina Grabietz



Katharina Grabietz ist 28 Jahre alt und seit der Kommunalwahl 2016 für DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung. Die Politikwissenschaftlerin forscht an der TU Darmstadt zu aktuellen Fragen der Wohnungspolitik. Sie vertritt uns im Ausschuss Soziales, im Haupt- und Finanzausschuss und den Magistratskommissionen für Soziale Sicherung und Soziale Brennpunkte. Abseits der Stadtverordnetenversammlung ist sie noch auf dem feministischen Blog femstern.de sowie in der gewerkschaftlichen Studierendenarbeit aktiv.

### Werner Krone



Werner Krone (73) ist Vertreter der LINKEN im Umweltausschuss. Für ihn stehen Themen im Mittelpunkt, die er auch schon beackert hat, bevor er Stadtverordneter wurde: in zwei Bürgerinitiativen (ONO! und Westwaldallianz) stritt und streitet er immer noch für die Erhaltung der Umwelt und abgewogene Verkehrspolitik. Im Beruf war er als Bauingenieur und Eisenbahner für viele Verkehrsprojekte tätig. Dieses Wissen bringt er ein. Für ihn muss Kommunalpolitik Freude machen. Und Fraktionsarbeit sieht er als Mannschaftsspiel.

### Kris Hartmann



Die 33-jährige Soziologin Kris Hartmann ist ebenfalls seit der Kommunalwahl 2016 für DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung. Sie vertritt uns in den Ausschüssen für Bildung und Schule sowie Wirtschaftsförderung und Wissenschaft. Ihre politischen Arbeitsschwerpunkte sind Bildung und gesellschaftliche Teilhabe

**IMPRESSUM**

**DARMSTADT Links**

Die Darmstadt LINKS erscheint in vier Ausgaben im Jahr. Auflage 40200 Exemplare

**LAYOUT & GESTALTUNG**  
Hans-Ulrich Vergin

---

**ÖFFENTLICHE FRAKTIONSSITZUNGEN**

Montag, 12. September, 18:00 Uhr  
Montag, 24. Oktober, 18:00 Uhr  
Montag, 28. November, 18:00 Uhr

Alle im **Links Treff Georg Fröba**

Landgraf-Philipp-Anlage 32  
64283 Darmstadt

---

**SPRECHSTUNDEN**

**DIE LINKE - DARMSTADT**  
STADTVERORDNETENFRAKTION

„LINKSTREFF GEORG FRÖBA“

**„Bürgersprechstunde“**

Unsere Stadtverordneten laden sie herzlich ein, Ihre Anliegen und Anregungen im persönlichen Gespräch vorzutragen. Zur Vereinbarung eines Termins erreichen Sie uns über die angegebene Telefon- oder Faxnummer oder auch per Email.

**TEL: 0 61 51 / 66 90 310**  
**FAX: 0 61 51 / 66 90 533**

Email:  
info@linksfraktion-darmstadt.de  
Website:  
www.linksfraktion-darmstadt.de



„LINKSTREFF GEORG FRÖBA“ in Darmstadt